



## UMfairTEILEN – Reichtum besteuern!

# Aktiv werden! Mitmachen!

Im April hat sich ein breites Bündnis »UMfairTEILEN – Reichtum besteuern!« aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen weiteren Organisationen gegründet, um das Thema »Reichtum besteuern!« in die Öffentlichkeit zu tragen und die Einführung einer Vermögensabgabe zu bewirken. Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken und Schwimmbäder, mangelhafter Nahverkehr, Privatisierung von Wohnraum, Kürzungen im Gesundheitswesen – der Öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige und soziale Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen. Die Vermögen der Reichen und Superreichen müssen endlich wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden – mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögenssteuer.

Als erster bundesweiter Aktionstag ist der 29. September geplant: Mit Großveranstaltungen und mit zahlreichen kleineren Aktionen in vielen Städten will das Bündnis auf die wahren Vermögensverhältnisse und die Möglichkeit der Umverteilung als ein Weg zur Bewältigung der Krise aufmerksam machen.

Mit einem bundesweiten Aktionstag am 29. September 2012 wollen wir eine radikale Umverteilung einfordern – z.B. in Bochum, Berlin, Köln, Frankfurt, Hamburg und in weiteren Städten. Aus Bielefeld und anderen Städten Ostwestfalen-Lippes fahren Busse nach

Bochum. Infos gibt es unter den Telefon-Nummern 0521 5202 902 oder 05221 174 9072 und im Internet unter: <http://umfairteilen.de/start/staedte/bochum/>



»Ich bin in Bochum dabei und ich hoffe, dass es ein guter Auftakt für weitere Aktionen ist. Mit unserem Motto **Reichtum ist teilbar** zeigen wir einen solidarischen Weg in die Zukunft unseres Landes.«

## 45 Jahre Antikriegstag in Stukenbrock



„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ stand auf dem Kranz, den die Herforder Bundestagsabgeordnete Inge Höger gemeinsam mit Hans-Werner Elbracht, Mitglied des Landesvorstands der Partei DIE LINKE in NRW, am Antikriegstag niederlegten zum Gedenken an die 65.000 ermordeten Kriegsgefangenen auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock.

Im September 1967 wurde hier - im ehemaligen Stalag 326 - der erste Antikriegstag in der Senne vom Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock initiiert, um ein deutliches Zeichen zu setzen für eine alternative Politik der Verständigung und Versöhnung.

„Auch heute, 73 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen und dem Beginn des 2. Weltkrieges, sind uns die Gräber in Stukenbrock Gedenken, Mahnung und Auftrag zugleich“, betont Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Mitglied im Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“. „Angesichts der vergangenen, ganz besonders aber mit Blick auf die zahlreichen gegenwärtigen und die weltweit drohenden Kriege müssen wir auch heute, mehr denn je, Zeichen setzen gegen Kriege als Mittel der politischen Auseinandersetzung.“

Bundestagsabgeordnete Inge Höger, Kathrin Vogler und Landesvorstandsmitglied Hans-Werner Elbracht bei der Kranzniederlegung

## Nationalpark Senne: Kein Kompromiss mit dem Militär

# Für eine klare ökologische und friedliche Lösung

Anfang September informierten sich die ostwestfälischen Kreisverbände der LINKEN gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten Inge Höger und Kathrin Vogler über die Situation des Truppenübungsplatzes in der Senne. Für dieses Gebiet wird schon seit Jahren über eine mögliche Perspektive als Nationalpark diskutiert. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Kundiger Führer war Bernhard Krewet, Ratsherr der Linken aus Bad Lippspringe. Er machte deutlich, dass Naturschutz und militärische Nutzung nicht zu vereinbaren sind.

Die Spuren von 120 Jahren simulierten Krieges sind erschreckend: Hochgiftiger Phosphor aus dem 1. Weltkrieg, Treibstofftanks aus dem 2. Weltkrieg und zahllose Munitionsdepots sind tickende Zeitbomben. An den über 20 Schießbahnen hat der millionenfache Beschuss Bäume und Büsche „abrasiert“. Hochgiftige Munitionsreste bis hin zu abgereichertem Uran stecken in den kahlen Dünen und noch grünen Wiesen.

Der Truppenübungsplatz Senne birgt eine der größten zusammenhängenden Heidelandschaften Nordrhein-Westfalens. Lichte Mischwälder mit Eichen, Birken und Kiefern bieten schon jetzt Lebensraum für 5000 Tier- und Pflanzenarten. 900 davon stehen auf der Roten Liste.



**Für DIE LINKE aber ist nicht erst nach der Fahrt durch das Militäreal klar: Militär und Naturschutz schließen sich nachhaltig aus!**

### Militärische Nutzung soll fortgeführt werden

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière aber besteht darauf, dass die Bundeswehr den Truppenübungsplatz Senne weiter benötige. Für ihn stehen die Belange

des Militärs klar an erster Stelle. Schließlich muss für mögliche weitere Kriegseinsätze, etwa in Afghanistan, adäquat geübt werden können.

Nationalparkgegner trommeln gemeinsam mit dem lippischen Fürsten gegen jegliche friedlich-ökologische Nutzung. Im Lippischen Kreistag hingegen liebäugelt die Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler, unterstützt durch die SPD, inzwischen mit einer Parallellösung von Nationalpark und Truppenübungs Gelände.

Die Britischen Truppen haben ihren Rückzug aus der Senne angekündigt. Inge Höger betont, dass nun die Chance zur ausschließlich zivilen Nutzung der Senne genutzt werden muss. Nur so kann dieses Gebiet zu einem einzigartigen Natur- und Kulturerbe für Generationen werden.

Krieg ist weltweit die schlimmste Form der Umweltzerstörung. Der Truppenübungsplatz Senne ist seit über 100 Jahren ein Ort, an dem das Töten gelehrt wird. Damit muss endgültig Schluss sein!

Jede weitere militärische Nutzung verstärkt die Kontamination von Boden, Luft, Gewässern und Grundwasser. Der Lärm bei den militärischen Übungen beeinträchtigt zudem die Lebensqualität der Anrainer erheblich.



**Geradezu zynisch erscheint das neueste der zahlreichen »Kampfdörfer« mit seiner bunten Moschee. Laut eines britischen Staboffizieres sollen dort »die Soldaten ... den Umgang mit anderen Kulturen lernen.«**

# Griechenland als Experimentierfeld für Demokratie- und Sozialabbau in Europa?



Anfang September stürmten griechische Rentner das Gesundheitsministerium. Sie protestierten dagegen, dass sie ihre teils lebensnotwendigen Medikamente selbst zahlen müssen - obwohl sie krankenversichert sind. Behandlungen finden oft nur noch gegen Vorkasse statt. Da gleichzeitig die Renten massiv gekürzt wurden und selbst Grundnahrungsmittel wegen Mehrwertsteuererhöhung deutlich teurer wurden, ist die Gesundheitsversorgung für viele Menschen in Griechenland kaum noch zugänglich.

Ähnliches gilt für das Bildungssystem und andere - im Grunde - öffentliche Dienstleistungen. Jeder Vierte in privaten Unterneh-

men Angestellte hat seit Monaten keinen Lohn mehr bekommen und im öffentlichen Bereich sieht es nicht besser aus. Wen wundert es da, dass in Griechenland die Selbstmordrate explodiert und die Menschen ihre Kinder in Waisenhäuser geben, weil sie sie nicht mehr ernähren können. Da immer weniger Menschen über ein geregeltes Einkommen verfügen, schrumpft die griechische Wirtschaft seit Beginn der »Sparprogramme« dramatisch.

Die EU und der IWF haben Griechenland keine Perspektive gegeben, sondern den Weg in den Abgrund verordnet. Die einzigen, die gerettet wurden, waren die Banken und Spekulanten.

Viele Menschen in Griechenland haben zwischenzeitlich das Gefühl, dass sie Versuchskaninchen dafür sind, was man zukünftig Menschen in Europa zumuten kann.

Die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung sind massiv eingeschränkt worden. Die Rechte von ArbeitnehmerInnen wurden praktisch abgeschafft, Tarifverträge und Kündigungsschutz wirken kaum noch.

## **Strategie der griechischen Linken: Es gibt einen sozialen Ausweg aus der Krise!**

Zum Glück hat Griechenland mit Syriza wenigstens eine starke linke Opposition, deren Vorstellungen für einen Weg aus der Krise nicht nur für Griechenland Modellcharakter haben könnten: Die Profiteure zur Kasse bitten, die Sozialkürzungen stoppen, Banken streng regulieren und öffentlich kontrollieren und Programme für sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum anstoßen.

Bei der diesjährigen Sommeruniversität der Europäischen Linken in Griechenland, an der auch Inge Höger teilnahm, waren sich die VertreterInnen aus unterschiedlichsten Ländern einig: die sozialen Kämpfe müssen europaweit vernetzt stattfinden, um Erfolg zu haben.

## **Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige ist auch in OWL völlig unzureichend**

# Kinder brauchen Kinder und eine gute Betreuung

Einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren haben Bundes- und Landesregierung ab Sommer 2013 den Eltern versprochen. Mit Plätzen für 35 Prozent der Kinder soll dies erfüllt werden. Die Wirklichkeit in NRW ist aber weit von diesem Ziel entfernt. Zudem ist der Bedarf vor allem in größeren Städten deutlich größer als die willkürlich gesetzten 35 Prozent.

Wegen ungenügender Finanzierung durch Bund und Länder kommt der Ausbau nur langsam voran. Nordrhein-Westfalen ist dabei Schlusslicht in ganz Deutschland. Derzeit gibt es im Land Betreuungsmöglichkeiten für ca. 117.000 Kinder unter drei Jahren. Damit liegt die Versorgungsquote landesweit bei knapp 27 Prozent.

In Ostwestfalen-Lippe ist der Ausbau aktuell sehr unterschiedlich: Im Kreis Höxter liegt die Versorgungsquote bei ca. 24 Prozent und in der Stadt Bielefeld bei 37 Prozent.

Inge Höger fordert von Bund und Land, schnell und unbürokratisch Geld für den Ki-Ta-Ausbau zur Verfügung zu stellen. Und sie fordert eine Rückkehr zu den altersgemischten Gruppen für das gemeinsame Spielen und Lernen von Anfang an.

## **Nicht nur Kita-Plätze fehlen, sondern auch Fachkräfte zur Betreuung**

Die Bundesregierung redet von Fachkräftemangel. Doch in den Berufskollegs Bielefeld und Herford gibt es 10 Mal mehr Bewerbe-

Innen als die Schulen aufnehmen können. Es handelt sich um ein hausgemachtes Problem. Hätte das Land den Ausbau der Schulen nicht verschlafen, könnten jetzt mehr Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden.

Ein Gutachten der Technischen Universität Dortmund kommt zu dem Ergebnis, dass 2013 in NRW 3.330 Fachkräfte fehlen. Der Städte- und Gemeindebund schätzt die Zahl sogar auf 5.000. Die Landesregierung will die Lücken mit 1.000 Berufspraktikanten auch ohne Vorerfahrung stopfen. Dies ist eine schlechte Lösung.

Die Kinder brauchen eine fachgerechte Betreuung, damit sie sich gut entwickeln können.

Ambulante Geburten sind kaum noch möglich

## Freiberufliche Hebammen können von ihren Einkünften nicht leben



Inge Höger, Nicole Kämpfer, Elke Eisenburger

Seit Jahren ist die Vergütungssituation für freiberufliche Hebammen völlig ungenügend. Die Situation verschärfte sich zum 1. Juli 2012 weiter, als die Prämien zur Berufshaftpflichtversicherung erneut von 3.700 auf 4.200 Euro im Jahr stiegen. Die Beiträge haben sich innerhalb von zehn Jahren verachtfacht!

Hebammen bekommen umgerechnet nur 7,50 Euro netto Stundenlohn. Das ist für diese verantwortungsvolle Aufgabe viel zu wenig! Allein in den letzten drei Jahren mussten bundesweit 25 % der freiberuflichen Hebammen die Geburtshilfe aufgeben.

Im Juli 2012 hatten sich die gesetzlichen Krankenkassen und die Hebammen-Verbände nach monatelangen Verhandlungen endlich auf einen finanziellen Ausgleich für die freiberuflichen Geburtshelferinnen geeinigt. Das ändert nicht viel. Für Freiberuflerinnen mit unter zehn Geburten im Jahr – dazu gehören bundesweit die meisten Hebammen – ist die finanzielle Belastung weiterhin zu hoch!

### Arbeit der Hebammen im Geburtshaus Herford hat sich verändert

Vor Jahren wurden z.B. im Geburtshaus Herford immerhin etwa 30 Geburten pro Jahr begleitet. Jetzt gibt es dort keine ambulanten Geburten mehr. Die Hebammen kön-

nen es sich nicht mehr leisten. Leidtragende sind auch die Frauen, die außerklinisch entbinden wollten und vor Ort keine Möglichkeit mehr dazu bekommen.

In Herford übernehmen die Hebammen im Geburtshaus weiterhin Schwangerschaftsvorsorge, unterstützende Kurse, besonders in der Nachsorge, und Wochenbett-Betreuung. Der generelle Bedarf an frauen- und familienunterstützenden Angeboten ist überdeutlich, erfuhrt Inge Höger.

Frühe Hilfen sind ein unverzichtbarer Baustein in der gesunden Entwicklung der Kinder und ihrer Familien. Unbestritten ist, dass Hebammen dabei eine unverzichtbare und tragende Aufgabe übernehmen. Deshalb fordert Inge Höger für freiberufliche Hebammen eine deutliche finanzielle Aufbesserung der Vergütungen, bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützung durch Städte und Kommunen.

Seit Jahren fordert DIE LINKE im Bundestag ausreichende Vergütung und Rentengerechtigkeit gerade für Frauen in sozialen und helfenden Berufen.

(Anmerkung: siehe Kleine Anfrage „Zur Situation der Hebammen und Entbindungspfleger in Deutschland“, Bundestags-Drucksache 17/1478 und Antrag „Versorgung durch Hebammen und Entbindungspfleger sicherstellen“, Bundestags-Drucksache 17/2128).

### Kontakt

#### Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Fon: 030-227-74330  
 Fax: 030-227-76339  
 Email: inge.hoeger@bundestag.de

#### Wahlkreisbüros:

##### HERFORD

Elke Eisenburger, Ann Kathrin Krause  
 Radewiger Str. 10, 32052 Herford  
 Öffnungszeiten  
 Mo. bis Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-14 Uhr  
 sowie nach Vereinbarung  
 Fon: 05221-1749071  
 Fax: 05221-1749073  
 Email: inge.hoeger@wk.bundestag.de

##### BIELEFELD

Barbara Schmidt  
 August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld  
 Öffnungszeiten  
 Mo. 13 bis 16 Uhr, Di. bis Do. 10 bis 16 Uhr  
 sowie nach Vereinbarung  
 Fon: 0521 5202902  
 Fax: 0521 5202903  
 Email: inge.hoeger@wk2.bundestag.de  
 www.inge-hoeger.de